

SPANIEN VOR DER FRAGE DER GRÜNDUNG

Spanien befindet sich heute in einer politischen Krise. Die tradierte Ordnung steht in Frage, ohne dass ihre Nachfolge feststünde. Welche historische Entwicklung ging der aktuellen Krisensituation voraus? Welche Kräfteverhältnisse, Bruchlinien und Möglichkeitsräume zeichnen diese aus und welche Chancen gehen damit für linke Projekte einher?

Die politische Landschaft Spaniens ist seit dem Aufkommen der Protestbewegung der indignados (Empörten), die Mitte 2011 ihren Lauf nahm, durcheinandergeraten. Es kursieren Ideen und Begriffe, die vor wenigen Jahren noch unbekannt waren. Unablässig fallen Termini wie „Regeneration der Demokratie“, „Kampf gegen die Korruption“, „Regime von 1978“ (dem Jahr der Verfassungsgebung), „Elitenherrschaft“ oder „Volksermächtigung“. Kurz: Spaniens politischer Commonsense hat sich verschoben – und schlägt sich in den verschiedensten Bereichen nieder: von der Öffentlichkeit über das Kulturleben, die Zivilgesellschaft, die sozialen Bewegungen hin zur institutionellen Politik. Letztere vermittelt einen Eindruck von der Reichweite der gegenwärtigen Veränderungen in Spanien. Im Mai 2015 eroberten neu gegründete linke Bündnisse in den spanischen Kommunalwahlen vier der fünf größten Städte des Landes, darunter Madrid und Barcelona. In Katalonien schreitet der Unabhängigkeitsprozess voran. Forciert wird der katalanische *procés* – wie er im Politjargon heißt – sowohl durch Massenmobilisierungen als auch durch eine Regionalregierung, die aus Unabhängigkeitsparteien besteht. Schließlich manifestierte sich in den Generalwahlen im Dezember 2015 die Erosion des Zwei-Parteien-Systems. Sie erklärt sich entscheidend durch den Aufstieg der linken Partei Podemos (Wir können) sowie durch die ebenfalls neue rechtsliberale Kraft Ciudadanos (Bürger).

Der deutsche Blick auf Spaniens Krisen

Die spanischen Geschehnisse haben in Deutschland eine ambivalente Resonanz erzeugt. Einerseits werden sie in einen südeuropäischen Linksruck eingereiht. Doch zugleich herrscht sowohl im Mainstream-Diskurs als auch in der linken Rezeption oftmals Unverständnis gegenüber dem, was in Spanien im Detail geschieht. Ob nun die Kritik am Linkspopulismus von Podemos, Unverständnis gegenüber dem katalanischen Separatismus oder Stabilitätsängste angesichts der Erosion des Zwei-Parteien-Systems: Der deutsche Blick auf Spanien verengt sich oftmals auf institutionelle Dynamiken und Strategien – und blendet aus, was in den letzten Jahren außerhalb von Parlamenten und Parteizentralen geschah und wie tief die Ursachen für die Krise der politischen Institutionen reichen. Um indes einen Eindruck darüber zu vermitteln, wie tief die spanischen Veränderungen reichen, hilft folgendes Gedankenspiel: Man stelle sich vor, dass in der Bundesrepublik der Gesellschaftskonsens rund um das Wirtschaftsmodell der

sozialen Marktwirtschaft und um das Grundgesetz von 1949 brüchig würde. Dass zudem die AfD und eine neue Linkspartei ernsthaft die Vorherrschaft von CDU/CSU und von SPD in Frage stellen. Und dass gleichzeitig in Bayern eine parlamentarische Mehrheit für die Abspaltung von Deutschland bestünde. Dieses Szenario mag für die Bundesrepublik bizarr scheinen, es vermittelt aber recht präzise das Ausmaß von Spaniens Krisen.

Die politische Ordnung Spaniens hat im Laufe der vergangenen Jahre eine umfassende Delegitimierung erlebt. Territoriale und soziale Konfliktodynamiken schaukeln sich gegenseitig hoch und drängen die Ordnung, deren Grundzüge in der Transition von Diktatur zu Demokratie entstanden, in die Defensive. Selbst für die hegemonialen Kräfte von den tradierten Volksparteien über die Massenmedien hin zum Königshaus steht fest, dass das politische System grundlegende Reformen braucht, ja gar eine Aktualisierung des Verfassungskonsenses. Doch diese reformistische Haltung versucht bloß, die Grundsatzfrage abzuwehren: Bedarf es verfassunggebender Prozesse um Spanien und Katalonien neu einzurichten? Die breite Diskussion, die es derzeit im Land rund um die Möglichkeit von *procesos constituyentes* gibt, bezieht sich dabei nicht nur auf die Verfassung im Rechtssinne, sondern auf die politische und soziale Verfasstheit des Gemeinwesens. Der *proceso constituyente* ist ein Gründungsprozess aller Gesellschaftsbereiche.

Spanien steht heute vor der Frage der Gründung. Sie mit aller Radikalität zu stellen und ihre emanzipatorischen Möglichkeiten offenzulegen – dies ist die Aufgabe, die der Linken zukommt.

Die Ordnung der Transition

Spaniens Übergang von der fast vierzigjährigen franquistischen Diktatur (1939-1975) hin zur parlamentarischen Demokratie galt lange als Vorzeigemodell einer demokratischen Transition. Friedlich, konsensorientiert, gemäßigt, liberal – die spanische Transition galt als Musterbeispiel dafür, wie ein Land ideologische Frontstellungen, Bürgerkrieg und autoritäre Herrschaft überwand und in die westeuropäische Moderne fand. Das „Projekt der Transition“, wie es die Historiographie bezeichnet, entstand aus dem prekären Gleichgewicht zwischen den reformorientierten Sektoren von Francos Regime und der demokratischen Opposition. Nach dem Tod Francos war selbst den Eliten des Regimes klar, dass Spanien vor der politischen Wende stand. Die Frage war nicht, ob Spanien nach dem Tod Francos eine demokratische Transition erleben würde, sondern wie diese von statten gehen würde, wie weit der Bruch mit der Diktatur reichen würde. Geschickt gelang es dem Interims-Präsidenten Adolfo Suárez gemeinsam mit dem Monarchen Juan Carlos I, der offizielle Nachfolger Francos als Staatsoberhaupt, die Transition als „betreuten Prozess“ durchzuführen, der bruchlos von Diktatur zu Demokratie führen sollte. Die Formel „vom Recht zum Recht über das Recht“ (*de la ley a la ley por la ley*) stellt dar, wie Spaniens Transition geschah. Dabei bestand der franquistische Staatsapparat fort, die liberalen und konservativen Volksparteien setzten sich maßgeblich aus politischen Kadern des Franco-Regimes zusammen. In erstaunlich kurzer Zeit und

auf erstaunlich ruhige Weise wurde Spanien eine Demokratie nach westeuropäischem Vorbild. Im Motto des ehemaligen Präsidenten José María Aznars „España va bien“ (Spanien macht sich gut) verdichtete sich das Selbstbewusstsein eines Landes, das bis in die Nullerjahre hinein als südeuropäischer Vorzeigestaat galt.

Demokratische Mängel der Transition

Doch das scheinbare Erfolgsmodell der Transition hatte auch seine Schattenseiten, die ab der Wirtschaftskrise von 2008 und den Empörtenprotesten von 2011 zu Tage traten. Die Konsensorientierung der Transitionsjahre verfestigte sich zur Schlüsselkategorie der spanischen Politik. Besonders verhängnisvoll war dies für Spaniens Linke. Sie eignete sich den Konsens übertrieben an, machte ihn sich von einer taktischen Notwendigkeit der Transitionsjahre zum ideologischen Leitmotiv. Durch ihren Mäßigungskurs trieb sich einerseits die kommunistische Partei PCE in die Randständigkeit. Andererseits verschrieb sich der sozialdemokratische PSOE einem sozialliberalen Kurs fest, auf dessen Pfaden er bis heute geht. Die Konsensideologie schwächte auch die sozialen Bewegungen. Während sie als Opposition zur Diktatur enorme Vitalität genossen und ganze Gesellschaftssektoren hinter sich versammelten, erlebten sie in den Anfangsdekaden der Demokratie einen Niedergang. Sie wurden entweder als „radikal“ gebrandmarkt und marginalisiert oder aber sie fungierten als Rekrutierungsstätten für politische Kader. „Gegen Franco lebte man besser“ – das nostalgische Motto brachte es auf den Punkt: Mit der erfolgreichen Einrichtung der Demokratie schlichen sich Passivität, Konformität und Entpolitisierung in die spanische Gesellschaft ein.

Das Staatsmodell der konstitutionellen Monarchie, das Parteiensystem, die Wirtschaftspolitik und die Kultur des nachfranquistischen Spaniens wurden in den Anfangsjahren der Transition definiert. Dass auch andere Akteure als die etablierten Volksparteien tonangebend sein könnten, dass Spanien nicht notwendig auf dem Staatsapparat des Franco-Regimes, der Monarchie, oder dem starken Zentralstaat aufbauen müsste oder dass auch eine andere Wirtschaftspolitik möglich wäre als die vom Spätfranquismus übernommene, die sich wesentlich auf Tourismus, Immobilienwirtschaft und Finanzwesen ausrichtete. All dies stand bis zuletzt kaum zur Debatte.

Infragestellung des Status Quo

Ein Auto rast über eine marode Straße, an einer Gruppe vorbei, deren Wagen eine Panne hat: „Wohin fahren die?“, fragt ein Gruppenmitglied erstaunt. „Zurück“, lautet die resignierte Antwort. Dann erscheint das Schild, das den Weg des Autos weist: Madrid 1978. Dieser Ausschnitt des Wahlvideos der linksradikalen Partei CUP für die Wahlen zum katalanischen Parlament von 2015 zeigt, wie sich die Wahrnehmung des langjährigen Gründungsmythos des nachfranquistischen Spaniens verändert hat. 1978, das Jahr der Verfassungsgebung, galt lange als das Datum, an dem die goldene Zeit eines Landes begann, das Demokratie und Modernität erreicht hatte. Doch das Video der CUP stilisiert den Mythos von 1978 als reaktionäres Motiv. Das Jahr 1978 wird zum Symbol der Kräfte, die am Status quo festhalten und eisern gegen jede Veränderung der spanischen Gesellschaft, Wirtschaft oder territorialen Ordnung ankämpfen.

Diese Umdeutung weist zurück auf die Protestwelle, die Mitte 2011 mit der Besetzung von Straßen und Plätzen begann und als Bewegung der indignados bzw. des 15-M – benannt nach dem Tag des 15. Mai 2011, an dem die ersten Plätze besetzt wurden – bekannt wurde. Mit Slogans wie „No nos representan!“ (Sie repräsentieren uns

nicht!) und „No somos mercancía en manos de políticos y banqueros!“ (Wir sind keine Ware in Händen von Politikern und Bankern) artikuliert eine breite Masse ihren Unmut gegenüber dem ökonomischen und politischen Ist-Zustand. Die Proteste der indignados weiteten die ökonomische Krise zur umfassenden Gesellschaftskrise aus. Die indignados führten mit ihrer Kritik an repräsentativer Demokratie und neoliberaler Marktlogik zum Bruch mit dem bisherigen Konsens: Die Eckpfeiler jener Ordnung wurden zur Debatte gestellt, die seit der demokratischen Transition bestanden.

Verdeutlichen lässt sich dies an konkreten Beispielen, die zum Symbol dafür wurden, das viele sich in der überkommenen politischen Ordnung nicht mehr repräsentiert sehen: Das Wahlrecht, die Anerkennung der Plurinationalität des spanischen Staates und die Frage der sozialen Rechte.

Kritik am Wahlrecht

Bei den zentralspanischen Wahlen steht eine feste Anzahl von 350 Parlamentssitzen zur Verfügung, die auf die Wahlkreise, nämlich die 50 Provinzen, verteilt sind. Auf die Provinzen Madrid und Barcelona entfallen dabei mehr als 30 Parlamentssitze, auf andere metropolitane Regionen 10 oder mehr. Mehr als die Hälfte aller Sitze entfällt auf Provinzen, in denen über zwei bis neun Abgeordnetenmandate nach Verhältniswahl entschieden wird. Dies hat im Wesentlichen zwei Folgen: Sie privilegiert erstens regional starke Parteien (nationalistische Parteien in Katalonien sowie im Baskenland), zweitens bewirkt sie eine Verzerrung zu Gunsten großer Parteien, die in ländlichen wie städtischen Regionen viele Stimmen auf sich versammeln. Spanienweit kleine Parteien, wie Izquierda Unida (vereinigte Linke) haben es hingegen schwer, überhaupt Sitze zu erlangen und auch aufstrebende Parteien geraten insbesondere in den kleinen Wahlkreisen gegenüber den etablierten großen Parteien ins Hintertreffen. Ohne auf die Details des spanischen Wahlrechts einzugehen, lassen sich die – in den letzten Generalwahlen im Dezember 2015 wieder skandalisierten – Auswirkungen des Wahlrechts wie folgt verdeutlichen:

Der rechtskonservative PP erhielt rund 29 % der Gesamtstimmen und 123 der 350 Sitze. Der PSOE 22 % der Stimmen bei 90 Sitzen, Podemos und die mit Podemos verbundenen regionalen Wahlbündnisse erhielten gemeinsam rund 20,5 % der Stimmen und 69 Sitze, Ciudadanos 40 Sitze bei rund 14 % der Stimmen. Izquierda Unida bekommt trotz 3,7 % Stimmanteil nur 2 Sitze, während eine regional sehr starke Partei wie die linkskatalanistische Esquerra Republicana bei nur 2,4 % der Gesamtstimmen neun Sitze erhält.

In diesem Sinne wird in der Öffentlichkeit vielfach betont, wie viele Wähler_innenstimmen eine politische Kraft auf sich vereinigt. Die Verteilung der Parlamentssitze kann die politische Willensbildung der Wahlbevölkerung nur noch unzureichend abbilden. Es herrscht Konsens darüber, dass das Wahlrecht einer Änderung bedarf.

Unabhängigkeit Kataloniens?

Deutlich in Frage gestellt wird der spanische Zentralstaat zudem durch die aktuellen Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens. Deren Ziel ist entweder eine vollständige Abspaltung Kataloniens oder aber die Anerkennung der Plurinationalität Spaniens. Diese wird neben den Katalanist_innen auch von nichtseparatistischen politischen Kräften in Katalonien, die sich aber für ein Selbstbestimmungsrecht aussprechen, vertreten. Maßgeblich getragen wird der katalanische Unabhängigkeitsprozess von einer seit Jahren wachsenden Bewegung von Einzelpersonen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, lokalen

gangene Kräfte in vielen Rathäusern. Gleichzeitig wird durch die lokale Machteroberung das Prinzip der Gestaltung von unten betont.

€ und die Antwort der Systemkräfte

Das Konsens-Dogma der Transition erfährt derzeit – im Zuge der Verhandlungen über eine mögliche Regierungsbildung nach den zentralspanischen Wahlen vom Dezember 2015 – eine Wiederbelebung. So gibt es insbesondere von Seiten des PP, Ciudadanos und der rechten Teile des PSOE, Forderungen nach einer Regierung der „Regeneration“, die eine Beteiligung von Podemos und den nationalistischen Regionalparteien verhindern soll.

Die derzeit noch machthabende, einst maßgeblich aus dem Franquismus hervorgegangene Rechte, versucht ihre Vorherrschaft zu verteidigen. Zwar sind zentrale kulturellkonservative Projekte, wie der Versuch in 2013/14, Abtreibungen (erneut) zu verbieten, angesichts massiven feministischen Protests weitgehend gescheitert. Gleichzeitig kämpft die repressive Politik der Rechten aber mit harten Bandagen: Anarchist_innen werden im Rahmen der „Operation Pandora“ als „Terrorist_innen“ verfolgt und inhaftiert. Die „ley mordaza“ (Knebelgesetz) genannten Gesetzesänderungen, die das Strafrecht bei Demonstrationen verschärften, zeigen bereits erste Auswirkungen. Aus der Zeit vor der „ley mordaza“ stammt eine bereits rechtskräftige, bislang noch nicht vollstreckte Verurteilung von Aktivist_innen zu Haftstrafen, die vor dem katalanischen Parlament demonstriert und Parlamentarier_innen am Zugang gehindert hatten. Das jüngste Ereignis in dieser Reihe geschah Anfang 2016 mit der Verhaftung und Untersuchungshaft von Schauspieler_innen eines Kindertheaters, weil diese terroristische Propaganda verbreitet hätten.

„proceso constituyente“ als Öffnungsmoment

Ein „proceso constituyente“, im doppelten Sinne einer Verfassungsgebung und umfassenden Neugründung des Gemeinwesens, erscheint gegenwärtig sowohl auf katalanischer als auch auf gesamtspanischer Ebene möglich, muss aber gegen Widerstände erkämpft werden. In einem proceso constituyente könnte eine demokratische politische Gemeinschaft sich neu erfinden, definieren was sie auszeichnet und wer zu ihr gehört. Dann würde mit alten Selbstverständlichkeiten gebrochen – aber auch der Grundstein gelegt, um neue zu etablieren. Diese Möglichkeit des Bruches gilt es anzuerkennen und als Chance der Neugründung zu verteidigen.

Weiterführende Literatur:

Iglesias, Pablo (2015): Spain on the Edge & Understanding Podemos, New Left Review 93, May-June, 7-42.

Rödel, Ulrich; Dubiel, Helmut; Frankenberg, Günter (1989): Die demokratische Frage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

„Sí se puede. Seven days at PAH Barcelona“ Video zur Plattform der Hypothekbetroffenen. Auf youtube mit englischen Untertiteln: <https://www.youtube.com/watch?v=caD17RKJfbc> (Stand: 2.3.2016).

Sophie Arndt ist Juristin und Soziologin und promoviert am Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie lebt in Frankfurt und Barcelona.

Conrad Lluís Martell ist Soziologe und promoviert mit einer Diskursanalyse zur Bewegung der indignados an der Universität Hamburg sowie der UPF Barcelona. Er lebt in Barcelona.

DOPPELPUBLIKATION AB APRIL 2016

Republikanischer
Anwältinnen- und
Anwältverein e.V.

RAV

SONDERBRIEF »RASSISMUS UND RECHT«

- **Push backs an der spanisch-marokkanischen Grenze**
Simon Rau
- **Mehr Militär im Mittelmeer**
Volker Eick
- **EUROSUR statt Datenschutz**
Daniel Deibler
- **Calais und jüngste Entscheidungen des EGMR**
Charlotte Kilroy
- **Westbalkan & Afghanistan: sichere Herkunft?**
Philipp Rusche
- **Türkei: sichere Herkunft?**
Jutta Hermanns
- **Asylschnellverfahren: Niederlande & Schweiz**
Igna Oomen & Heiner Busch
- **Klimaflüchtlinge**
Lena Kreck
- **EU-Fluchtrouten**
Bernd Kasperek
- **Übergriffe in der BRD auf Geflüchtete**
Andrea Hübler
- **Zur Erfassung von »Hate Crimes« in Europa**
Robert Kusche
- **Neonazistische Mobilisierung in Europa**
Fabian Virchow
- **Rassismus im Gerichtssaal**
Franziska Nedelmann
- **Rassismus gegen NSU-Opfer**
Elif & Gamze Kubasik

INFORMATIONSBRIEF #112

- **Warum beim RAV?**
Fenna Busmann, Yunus Ziyal, Justus Linz, Thomas Jung
- **Angelika Lex – Kämpferin, Kollegin, Freundin**
Ein Nachruf
- **Fachanwaltslehrgang »Migrationsrecht« des RAV**
Markus Prottung & Berenice Böhlo
- **Deutschlands Furcht vor dem EGMR**
Jutta Hermanns & Helmut Pollähne
- **Das Bundesverfassungsgericht zum BKA-Gesetz**
Sönke Hilbrans
- **Das Sachenrecht als Mittel im Kampf Geflüchteter**
Benjamin Hersch
- **Mieten und Wohnen. Konferenz in Hamburg**
Benjamin Raabe & Henrik Solf
- **Gründung von Gefangenengewerkschaft**
Olaf Heischel
- **BodyCams an RoboCops**
Michael Plöse & Volker Eick
- **Ein NSU aus nord-irischer Perspektive**
Volker Eick
- **Prozess gegen »Goldene Morgenröte«**
Electra Aleksandropoulou & Irini Vlachou

RAV-KONTAKT

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, kontakt@rav.de
Auch für Studierende: Mitglied werden – ab 5,11 EUR/Mon.